

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereramt

**Bürgerhaushalt - Möglichkeit der
Bürgerbeteiligung an den
Haushaltsentscheidungen**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 08. März 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	14.02.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	01.03.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.02.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.02.2007

7.1 **Bürgerhaushalt – Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an den Haushaltsentscheidungen**

Informationsvorlage 0023/2007/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Dr. Trabold, Stadtrat Gundel, Stadträtin Frey-Eger, Stadtrat Weiss, Stadtrat Schladitz

In der ausführlichen Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

- Bürgerinteresse
- Einbeziehung der Schulleiter / Elternbeiräte in die Vorberatungen
- Transparenz / Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit
- Art der Darstellung/Verständlichkeit
- Prioritäten / Investitionsschwerpunkte
- Darstellung im Internet – getrennt nach Stadtteilen / Erfassung von Prioritäten der Bürger über das Internet
- Resonanz bei anderen Städten

Oberbürgermeister Dr. Würzner fasst folgende Vorgehensweise zusammen:

- Erreichung einer höheren Transparenz durch noch intensivere Information über das Stadtblatt / Rhein-Neckar-Zeitung / Mannheimer Morgen
- die bisher den Bezirksbeiräten für ihren Stadtteil aufgelisteten relevanten Parameter, insbesondere die Investitionsmaßnahmen, könnten auch noch ins Internet gestellt werden
- Einstellen des Haushaltsplans im Internet (EDV-technisch derzeit noch nicht komplett umsetzbar)
- wie bisher: Öffentliche Auslegung des Haushaltsplanes

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 01.03.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 01.03.2007:

17.1 **Bürgerhaushalt – Möglichkeit der Bürgerbeteiligung an den Haushaltsentscheidungen**

Informationsvorlage 0023/2007/IV

Als Tischvorlage wird folgender **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz verteilt:

1. Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat innerhalb der Haushaltsberatung Maßnahmen vor, wie der Gemeinderatsbeschluss betreffend Gebühren und Kostentransparenz umzusetzen ist. Sollte eine Darstellung des Anteils, den der Bürger selbst bezahlt, und des Anteils, der von der Allgemeinheit getragen wird, technisch nur sehr schwierig umsetzbar sein, macht der Oberbürgermeister dem Gemeinderat einen Vorschlag, wie die Darstellung sinngemäß in anderer Art und Weise erfolgen kann.
2. Der Gemeinderat bittet die bestehenden Beiräte in der Stadt – insbesondere den Gesamtelternbeirat der Schulen und der Kindergärten – dem Gemeinderat vorzulegen:
 - einen Prioritätenkatalog der Investitionsmaßnahmen in ihren Bereichen. Dies gilt für Maßnahmen, die im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind, wie auch für Maßnahmen, die nicht enthalten sind.
 - eine Bewertung der Verteilung der laufenden Ausstattungsmittel und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zur Verteilung auf die Einrichtungen.
3. Der Oberbürgermeister sorgt für eine für den Bürger lesbare und verständliche Darstellung des städtischen Haushaltes unter anderem auf der Internetseite der Stadt, bei der insbesondere folgende Gesichtspunkte berücksichtigt sind:
 - kommunale Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben
 - Personalausgaben und Sachausgaben
 - einzelne Bereiche der Ausgaben (Kultur nach Sparten beziehungsweise größeren Einrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten et cetera)
 - Investitionsprojekte und Gesamtaufgaben (etwa die Renovierung der Heidelberger Schulen), deren Gesamtkosten 1 Mill. Euro übersteigen
4. Die Bürger erhalten die Möglichkeit, über die Internet-Präsentation und schriftlich, eine Prioritätenliste der Ausgaben zu erstellen.
5. Der Oberbürgermeister prüft und berichtet, wie bei kommenden Haushaltsberatungen eine gemeinsame Beratung von delegierten Vertretern der Bezirksbeiräte durchgeführt werden kann, die eine stadtteilbezogene Prioritätenliste der Ausgaben, insbesondere im investiven Bereich erstellt.
6. Der Oberbürgermeister prüft und berichtet, ob und wie eine nach Zufallsauswahl repräsentativ ausgewählte Bürgergruppe an kommenden Haushaltsberatungen beteiligt werden kann (etwa im Sinne einer Planungszelle nach Diemel).
7. Der Gemeinderat beschäftigt sich in einer Klausurtagung innerhalb dieses Jahres unter Zuziehung von Experten intensiv mit dem Thema „Bürgerhaushalt“.

Oberbürgermeister Dr. Würzner legt größten Wert darauf, dass dieser Haushalt so transparent wie möglich gestaltet und auch über das Internet verfügbar gemacht werde, soweit es derzeit möglich sei. Für die kommenden Jahre werde dies aber kein Problem mehr darstellen.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Weiss, Stadträtin Bock, Stadtrat Krczal, Stadtrat Pflüger, Stadtrat Dr. Gradel

Folgende Punkte wurden angesprochen:

- Es gibt Städte, die einen Bürgerhaushalt anstreben oder ihn aufgestellt haben (z. B. Hamburg)
- Der Bürgerhaushalt stellt die Möglichkeit dar, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken
- Transparenz muss verbessert werden
- Art der Darstellung/Verständlichkeit des Haushalts: nur schwer für die Bürger verständlich
- Vereine und Gruppen bringen bereits über die Fraktionen ihr Anliegen vor
- Von den meisten Fraktionen wird der Haushalt in den Stadtteilen diskutiert

Stadtrat Weiss bittet folgendes zu prüfen:

- mehr Tagesordnungspunkte öffentlich vorberaten
- öffentliche Sitzungen live im Internet bereit stellen (Überprüfung der technischen Voraussetzung und der Kosten)

Oberbürgermeister Dr. Würzner ergänzt hierzu, dass dies viel Disziplin, Stringenz, klare Prioritäten und Diskussionen bei den wichtigen Punkten erfordere.

Er schlägt vor, eine Liste zu erstellen, wie die bereits schon aktiven und wichtigen Netzwerkpartner (Kinderbeauftragte, Schulleiter, Elternvertretungen) in die Haushaltserstellung eingebunden werden können.

Er bittet darum, der im Haupt- und Finanzausschuss gefassten Vorgehensweise zuzustimmen, auch bezogen auf die systematische Einbindung der Netzwerkstrukturen. Dies müsse optimiert werden.

Auf Nachfrage von Stadträtin Bock sagt Oberbürgermeister Dr. Würzner zu, den Gesamtelternbeirat der Schulen für den nächsten Kulturausschuss zum Tagesordnungspunkt „Hauptschulneustrukturierung“ zuzuziehen.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz beantragt getrennte Abstimmung seines Antrages.

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt den **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz getrennt zur Abstimmung.

1. Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat innerhalb der Haushaltsberatung Maßnahmen vor, wie der Gemeinderatsbeschluss betreffend Gebühren und Kostentransparenz umzusetzen ist. Sollte eine Darstellung des Anteils, den der Bürger selbst bezahlt, und des Anteils, der von der Allgemeinheit getragen wird, technisch nur sehr schwierig umsetzbar sein, macht der Oberbürgermeister dem Gemeinderat einen Vorschlag, wie die Darstellung sinngemäß in anderer Art und Weise erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: mit 17 : 15 Stimmen beschlossen

2. Der Gemeinderat bittet die bestehenden Beiräte in der Stadt – insbesondere den Gesamtelternbeirat der Schulen und der Kindergärten – dem Gemeinderat vorzulegen:
- einen Prioritätenkatalog der Investitionsmaßnahmen in ihren Bereichen. Dies gilt für Maßnahmen, die im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind, wie auch für Maßnahmen, die nicht enthalten sind.
 - eine Bewertung der Verteilung der laufenden Ausstattungsmittel und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zur Verteilung auf die Einrichtungen.

Abstimmungsergebnis: mit 16 : 16 Stimmen abgelehnt

3. Der Oberbürgermeister sorgt für eine für den Bürger lesbare und verständliche Darstellung des städtischen Haushaltes unter anderem auf der Internetseite der Stadt, bei der insbesondere folgende Gesichtspunkte berücksichtigt sind:
- kommunale Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben
 - Personalausgaben und Sachausgaben
 - einzelne Bereiche der Ausgaben (Kultur nach Sparten beziehungsweise größeren Einrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten et cetera)
 - Investitionsprojekte und Gesamtaufgaben (etwa die Renovierung der Heidelberger Schulen), deren Gesamtkosten 1 Mill. Euro übersteigen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

4. Die Bürger erhalten die Möglichkeit, über die Internet-Präsentation und schriftlich, eine Prioritätenliste der Ausgaben zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen

5. Der Oberbürgermeister prüft und berichtet, wie bei kommenden Haushaltsberatungen eine gemeinsame Beratung von delegierten Vertretern der Bezirksbeiräte durchgeführt werden kann, die eine stadtteilbezogene Prioritätenliste der Ausgaben, insbesondere im investiven Bereich erstellt.

Abstimmungsergebnis: mit 13 : 16 : 2 Stimmen abgelehnt

6. Der Oberbürgermeister prüft und berichtet, ob und wie eine nach Zufallsauswahl repräsentativ ausgewählte Bürgergruppe an kommenden Haushaltsberatungen beteiligt werden kann (etwa im Sinne einer Planungszelle nach Dienel).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme und 8 Enthaltungen

7. Der Gemeinderat beschäftigt sich in einer Klausurtagung innerhalb diesen Jahres unter Zuziehung von Experten intensiv mit dem Thema „Bürgerhaushalt“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme und 6 Enthaltungen

Somit wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss des Gemeinderates:

Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat innerhalb der Haushaltsberatung Maßnahmen vor, wie der Gemeinderatsbeschluss betreffend Gebühren und Kostentransparenz umzusetzen ist. Sollte eine Darstellung des Anteils, den der Bürger selbst bezahlt, und des Anteils, der von der Allgemeinheit getragen wird, technisch nur sehr schwierig umsetzbar sein, macht der Oberbürgermeister dem Gemeinderat einen Vorschlag, wie die Darstellung sinn gemäß in anderer Art und Weise erfolgen kann.

Der Oberbürgermeister sorgt für eine für den Bürger lesbare und verständliche Darstellung des städtischen Haushaltes unter anderem auf der Internetseite der Stadt, bei der insbesondere folgende Gesichtspunkte berücksichtigt sind:

- *kommunale Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben*
- *Personalausgaben und Sachausgaben*
- *einzelne Bereiche der Ausgaben (Kultur nach Sparten beziehungsweise größeren Einrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten et cetera)*
- *Investitionsprojekte und Gesamtaufgaben (etwa die Renovierung der Heidelberger Schulen), deren Gesamtkosten 1 Mill. Euro übersteigen*

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss und Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Der Bürgerhaushalt bietet die Möglichkeit, die Einwohnerinnen und Einwohner an der Aufstellung des kommunalen Haushalts einzubinden und aktiv mitwirken zu lassen. Die Politik und Verwaltung können ihre Ziele und die damit verbundene Haushaltsplanung für die Bürgerschaft transparent und zugänglich machen und somit einen Dialog untereinander anregen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Zum einen hat sich bei verschiedenen Kommunen herausgestellt, dass sich der Bürgerhaushalt nicht etabliert hat, da die notwendige aktive Beteiligung der Bürgerschaft fehlte. Zum anderen ist für die Erstellung ein hoher Personal- und Sachaufwand notwendig, ohne jedoch das Ziel des Bürgerhaushalts eine aktive Beteiligung und größtmögliche Transparenz zu erreichen.

Begründung:

Der Bürgerhaushalt ist eine direkte Art von kommunaler Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Kommune legt ihren Haushalt offen und lässt die Einwohnerinnen und Einwohner an der Aufstellung des kommunalen Haushalts mitwirken.

Ausgangspunkt für den Bürgerhaushalt ist Porto Alegre/Brasilien, wo er erstmals 1989 durchgeführt wurde. Inzwischen wurde diese Idee von dort in viele Teile der Welt „exportiert“. In Deutschland sind Projekte wie z.B. Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ oder das der Bertelsmann-Stiftung in Kooperation mit dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen für ein bürgerorientiertes Haushaltsaufstellungsverfahren durchgeführt worden.

Ziel des Bürgerhaushalts ist es, den Haushaltsplanentwurf so aufzubereiten, dass er eine verständliche und transparente Grundlage für den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohnern bildet, um somit eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an den kommunalen Entscheidungsprozessen zu erlangen.

Drei Bestandteile sind dabei für einen Bürgerhaushalt elementar:

- eine verständliche Darstellung des Haushalts durch die Politik und Verwaltung
- die Beratung des Haushalts mit den Bürger(innen) sowie
- die Rechenschaft über den Umgang mit den Empfehlungen des Partizipationsprozesses.

Der Bürgerhaushalt stellt jedoch keinen Angriff auf die repräsentative Demokratie dar. Die Entscheidung über den Haushalt der Stadt obliegt ausschließlich dem Gemeinderat. Der Bürgerhaushalt soll vielmehr den gewählten Repräsentanten im Gemeinderat ein möglichst aussagekräftiges Meinungsbild der Einwohnerinnen und Einwohner vorlegen, welches sie in ihre Entscheidungsfindung mit einfließen lassen können.

Die Betrachtung der Praxis zeigt, dass unter der Bezeichnung „Bürgerhaushalt“ unterschiedliche Verfahren zu finden sind. Einige Gemeinden ziehen es vor, die Einwohnerschaft lediglich anhand von Broschüren zu informieren, andere führen Umfragen durch oder richten Internetforen ein.

In der beigefügten Anlage 1 sind detaillierte Informationen über die gewählten Verfahren samt „Auswirkungen“ einzelner Kommunen ersichtlich.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich der Bürgerhaushalt in nur wenigen Gemeinden etabliert hat und über einen längeren Zeitraum durchgeführt wird. Die Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner sich am Bürgerhaushalt aktiv zu beteiligen war eher gering. Zum einen waren Informationsveranstaltungen, die den kommunalen Haushalt näher bringen sollten, wenig besucht. Zum anderen waren die Rücklaufquoten bei Umfragen zum Haushalt in den meisten Kommunen eher gering.

Das Ziel des Bürgerhaushalts, die Meinung der Bürgerschaft zu ermitteln und sie aktiv in den Prozess der Haushaltsaufstellung einzubinden, wird somit nicht erreicht.

Auch hat sich gezeigt, dass für das Erstellen eines Bürgerhaushalts der Personal- und Sachaufwand sehr hoch ist und ggf. die Unterstützung durch externe Berater notwendig ist.

Die von einem Bürgerhaushalt angestrebte Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner und die Transparenz des Haushalts wird in Heidelberg bereits durch andere Maßnahmen erreicht:

- Die Einwohnerinnen und Einwohner werden schon im Vorfeld über Workshops o.ä. an wichtigen Fachplanungen der städtebaulichen Entwicklung etc. beteiligt und können ihr Wissen aber auch ihre Wünsche einbringen wie z.B. bei der Bahnstadt oder dem Alten Hallenbad.
- Die Stadtteilrahmenpläne der Stadt Heidelberg wurden unter aktiver Beteiligung der Bürgerschaft und Experten aus den Stadtteilen gemeinsam erarbeitet.
- Die Bezirksbeiräte erhalten bereits seit mehreren Jahren Informationen zu allen größeren Baumaßnahmen und Investitionen des Haushalts in ihrem Stadtteil.
- Nach einer Änderung der Gemeindeordnung in 2005 ist jetzt nicht mehr vorgesehen, den Entwurf des Haushaltsplans samt Anlagen öffentlich auszulegen. Für den Haushaltsplanentwurf 2007/2008 werden wir dies aber auf freiwilliger Basis dennoch tun, um größtmögliche Transparenz für die Bürgerschaft zu gewährleisten.

Darüber hinaus haben die Bürgerinnen und Bürger jederzeit die Möglichkeit über die Stadträte – als ihre demokratisch gewählten Vertreter – ihre Anliegen zur Diskussion zu stellen.

Somit zeigt sich, dass die Stadt Heidelberg auch ohne Einführung eines Bürgerhaushalts den Einwohnerinnen und Einwohnern ausreichend Möglichkeiten der Information und Beteiligung bietet.

gez.

Dr. Eckart Würzner

Anlage zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Bürgerhaushalt - Möglichkeit der Bürgerbeteiligung an den Haushaltsentscheidungen
A 2	Inhaltlicher Antrag der Bunten Linken vom 26.02.2007